



Niederschrift

Bildungsausschuss

19. Wahlperiode - 36. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. Februar 2020, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 342 a des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peer Knöfler (CDU)

Vorsitzender

Tim Brockmann (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Tobias von der Heide (CDU)

Dr. Heiner Dunckel (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

i. V. v. Martin Habersaat

Kai Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Frank Brodehl (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion	4
	Antrag der Fraktion der SPD (Punkt 6, Forschung) Drucksache 19/1931	
2.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes	7
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1898	
3.	Maßnahmen für mehr Friesisch-Unterricht	8
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1894	
4.	Einschulungsfeierlichkeiten auf Samstag verlegen	10
	Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/3160 (neu)	
5.	Bericht des Bildungsministeriums über die Situation an der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule in Ahrensburg	11
6.	Schulkosten/Lernmittelfreiheit	14
	Vorlage der Fraktion der SPD Umdruck 19/3521	
7.	Stärkung der politischen Bildung in der Schule	16
	Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1739 (neu)	
8.	Verschiedenes	17

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. **Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion**

Antrag der Fraktion der SPD (Punkt 6, Forschung)

[Drucksache 19/1931](#)

(überwiesen am 23. Januar 2020 an den **Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europa-ausschuss und den Bildungsausschuss)

Wissenschaftsministerin Prien trägt vor, die Zielsetzung des Antrags beziehungsweise der OECD-Empfehlungen decke sich mit den Zielen der Landesregierung, Wissenschaft und Wirtschaft unter Nutzung herausragender Forschung stärker zu vernetzen. Man teile die Einschätzung, dass es hier noch erhebliches Potenzial gebe - vorausgesetzt, dass alle Mitglieder der Metropolregion ein Interesse daran hätten.

Auf vielen wissenschaftlichen Feldern könne man bereits gute Entwicklungen verzeichnen. Zu den jüngsten Beispielen im Bereich KI zähle das Projekt KI-SIGS, das Schleswig-Holstein und Hamburg mit Bremen und dem Bund unterstützten. Ziel sei es, mit allen relevanten Akteuren der Region eine Plattform für intelligente Gesundheitssysteme aufzubauen. Sehr erfolgreich sei die Zusammenarbeit beim Cluster Life Science, das durch die Beteiligung von Unternehmen gut funktioniere. Über 1.000 neue Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung seien auf diesem Gebiet in Hamburg und Schleswig-Holstein seit 2014 geschaffen worden.

Das Ziel, eine internationale Spitzenforschungseinrichtung auf dem Gebiet der Infektionsforschung zu etablieren, verfolgten Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit dem CSSB, dem Zentrum für strukturelle Systembiologie. Das geschehe bewusst in räumlicher Nähe zu DESY und XFEL. Ein weiterer Life-Science-Baustein auf dem Gebiet der Krebsforschung werde mit dem Krebszentrum Nord/Comprehensive Cancer Center unter Beteiligung des UKSH und des UKE Hamburg vorangebracht.

Bedeutende gemeinsame Forschungsthemen bewege man nicht nur innerhalb der Metropolregion, sondern vor allem auch zusammen mit allen norddeutschen Bundesländern in der Norddeutschen Wissenschaftsministerkonferenz. Dazu zähle zum Beispiel die Energiefor-

schung; die Wasserstoffforschung sei Gegenstand der letzten Konferenz in Hannover gewesen. Zum Thema Wasserstoffforschung wollten die norddeutschen Länder einen Runden Tisch unter Verantwortung Schleswig-Holsteins organisieren.

Auch bei dem neuen DLR-Institut für Maritime Energiesysteme, das in Geestacht angesiedelt sein und in dem Brennstoffzellen-Forschung eine wichtige Rolle spielen werde, setze man auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Metropolregion. Natürlich sei auch die Meeresforschung und die „Deutsche Allianz Meeresforschung“ von großer Bedeutung.

Über die Frage, ob es über die bestehenden Initiativen hinaus einer neuen Strategie bedürfe, könne man nachdenken. Der Innenminister habe in der Landtagsdebatte darauf hingewiesen, dass man dafür alle Partner der Metropolregion gewinnen müsse. Daneben könne man natürlich auch mit einzelnen Partnern der Metropolregion eine besonders intensive Zusammenarbeit auf den Weg bringen; dazu würden bereits Gespräche geführt. Besondere Chancen der Zusammenarbeit mit Hamburg ergäben sich im Zusammenhang mit XFEL. Die Landesregierung engagiere sich in diesem Bereich in erheblichem Maße, habe die Errichtung des Besucherzentrums mitfinanziert und sei sehr darum bemüht, am Standort Schenefeld die Möglichkeit zu schaffen, dass sich dort relevante Unternehmen ansiedeln könnten. Man müsse mit den Partnern in der Metropolregion eine Klärung herbeiführen, inwieweit eine intensivere Zusammenarbeit gewünscht werde. Schleswig-Holstein habe großes Interesse daran und sollte das vorantreiben. Die Landesregierung werde das tun.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Dunckel antwortet Herr Malzahn, stellvertretender Leiter des Forschungsreferats im Wissenschaftsministerium, beim CSSB wirkten Spitzenforschungsinstitute aus Norddeutschland zusammen (Helmholtz-Zentren, Leibniz-Einrichtungen, Universitäten). Exzellenz werde gebündelt, und die Infrastruktur von DESY und XFEL werde genutzt.

Abg. Vogel stellt das Anliegen der SPD-Fraktion heraus, die Zusammenarbeit zwischen Firmen und Hochschulen voranzutreiben. Dabei sollten auch die Hochschulen in Flensburg und Kiel, die nicht Teil der Metropolregion seien, berücksichtigt werden.

Abg. Strehlau erhofft sich von der vom Wirtschaftsministerium geführten Arbeitsgruppe Innovation Impulse.

Abg. Waldinger-Thiering weist darauf hin, dass zum Beispiel die Fachhochschule Kiel so nachgefragt sei, weil deren Studierende in der Regel ein Jobangebot erhielten.

Ministerin Prien macht abschließend noch einmal darauf aufmerksam, dass ein Ausbau der Kooperation die Bereitschaft der Partner in der Metropolregion voraussetze. Es sei erforderlich, das Thema in einer systematischen Form anzugehen.

Der Ausschuss will die Beratungen über den SPD-Antrag im Frühjahr 2020 fortsetzen.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1898](#)

(überwiesen am 24. Januar 2020)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

3. **Maßnahmen für mehr Friesisch-Unterricht**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1894](#)

(überwiesen am 22. Januar 2020 an den **Bildungsausschuss** und den Europaausschuss)

Bildungsministerin Prien leitet ein, Sprachenvielfalt sei in Schleswig-Holstein eine Selbstverständlichkeit, sowohl der Minderheiten- als auch der Regionalsprachen, und ein wichtiger Teil des Heimatverständnisses. Sprache lebe allerdings nur dort, wo sie im Alltag gesprochen werde und es eine emotionale Bindung zu ihr gebe, insbesondere in den Familien. Es sei der Landesregierung ein großes Anliegen, dass sich die Sprachenvielfalt auch an den Kitas und Schulen des Landes widerspiegele. Nordfriesisch werde im nordfriesischen Sprachgebiet als Minderheitensprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen geschützt. Beim Friesisch-Unterricht sei die Entwicklung in der Tendenz leider besorgniserregend rückläufig. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die Friesisch lernten, habe sich seit dem Schuljahr 2002/03 etwa halbiert. Allerdings halte sich der Stand der Friesisch-Lernenden seit vier Jahren auf einem gleichmäßigen, niedrigen Niveau. Die Landesregierung halte es für erforderlich, durch zusätzliche Maßnahme das Erlernen der friesischen Sprache an den Schulen zu stärken.

Herr Stäcker, Referatsleiter im Bildungsministerium, stellt dem Ausschuss das Maßnahmenpaket des Bildungsministeriums vor. Zukünftig werde der Friesisch-Zertifikatskurs der Europa-Universität Flensburg mit zehn Punkten bei der Bewerbung um einen Referendariatsplatz berücksichtigt. Am 20. Februar 2020 werde er ein Gespräch mit der Ferring Stiftung auf Föhr führen, um die Fragen der Entwicklung der Lehrwerke, der Finanzierung des Unterrichtsmaterials und der Digitalisierung des Unterrichtsmaterials zu erörtern. E-Learning biete die Möglichkeit, auch Lernende in kleineren Kohorten zu unterstützen.

Bei einer Bewerbung für den Vorbereitungsdienst mit einem Friesisch-Zertifikat würden Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, die ihre Ausbildung an einer Schule, die Friesisch unterrichtete, machen wollten, vom IQSH gezielt zugewiesen. Nicht nur die Zahl der Friesisch-Lernenden sei zurückgegangen, sondern man habe auch Schwierigkeiten, Lehrende zu finden, die die unterschiedlichen Dialekte unterrichten könnten. Man versuche, den Nachwuchs an die Schulen zu binden, die schon jetzt Friesisch anböten. Daher werde man die Modellschulen Friesisch alle mit einem entsprechenden Hinweisschild ausstatten, um deutlich zu machen, dass

an dieser Schule Friesisch unterrichtet werde. Ministerin Prien werde im Mai, am Tag der friesischen Schulen, nach Amrum fahren und dort symbolhaft der Öömrang Skuul das erste Modellschild überreichen.

Man werde weiter den Runden Tisch Friesisch, der im letzten Jahr zum ersten Mal stattgefunden habe, mit allen friesischen Akteuren zweimal im Jahr durchführen. Die Landesfachberaterin habe intensiven Kontakt zu den West- und Saterfriesen aufgenommen, um die Kommunikation zu stärken und zu gucken, was andere Minderheiten zur Stärkung ihrer Sprachen unternähmen. Man habe auch Kontakt zu den Sorben in Sachsen aufgenommen. Man bemühe sich, die Minderheitensprache Friesisch zu unterstützen und zu fördern, um wieder eine vierstellige Zahl an Friesisch-Lernenden zu erreichen.

Ministerin Prien teilt ergänzend mit, zum Schuljahr 2020/21 werde man im Ministerium eine Abordnungsstelle für die Minderheitensprachen einrichten, um den Stellenwert der Minderheiten- und Regionalsprachen zu unterstreichen.

Abg. Waldinger-Thiering beantragt, schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

Abg. Vogel hält es für wichtig, auch die betroffenen Schulen in Nordfriesland und auf Helgoland zum Friesisch-Angebot zu befragen.

Der Ausschuss beschließt, bis Ende März 2020 schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

4. Einschulungsfeierlichkeiten auf Samstag verlegen

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/3160 \(neu\)](#)

hierzu: Umdrucke 19/3160 (neu), 19/3441, 19/3446, 19/3448,
19/3461, 19/3466, 19/3486, 19/3491, 19/3513,
19/3514, 19/3516, 19/3527, 19/3568, 19/3570,
19/3573

Einstimmig beschließt der Ausschuss aufgrund der Ergebnisse der Anhörung, dass kein Handlungsbedarf besteht, Einschulungsfeiern auf Samstag zu verlegen.

5. Bericht des Bildungsministeriums über die Situation an der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule in Ahrensburg

Ministerin Prien teilt mit, dass dem Bildungsministerium das Schreiben des Schulelternbeirats der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule Ahrensburg am 7. Februar 2020 zugegangen sei und die oberste Schulaufsicht vorher keine Kenntnis von der Situation an der Schule gehabt habe. Das Ministerium habe dem Schulelternbeirat heute schriftlich geantwortet.

Frau Nowitzki, Leiterin des Referats Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe und zuständige Schulaufsichtsbeamtin im Bildungsministerium, nimmt zur Kritik des Schulelternbeirats Stellung und berichtet über die Situation an der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule Ahrensburg. Die Unterrichtsversorgung betrage zwar 100 %, allerdings habe es im ersten Halbjahr 2019 eine gehäufte Anzahl von längerfristigen Erkrankungen gegeben, zusätzlich Mutterschutz und Elternzeiten. Das habe sich bedauerlicherweise im Wesentlichen in den Fächern Musik, Biologie, Chemie, Physik und Mathematik, insbesondere in der Oberstufe, kumuliert. Außerdem hätten sich kurzfristige Erkrankungen, dienstliche begründete Abwesenheiten von Lehrkräften im November 2019 gehäuft. Die Schule habe darauf reagiert und sorgsam und umsichtig Umschichtungen vorgenommen. Das Ministerium habe der Schule zum 1. August 2019 eine zusätzliche Planstelle für Mathematik und Physik im Lehramt Sekundarstufe I gegeben, um die Schule im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich ein bisschen zu entlasten.

Die Schule habe darauf geachtet, dass der Ausfall aufgrund längerfristiger Erkrankungen nicht einseitig zu Lasten bestimmter Lerngruppen, Fächern oder Jahrgangsstufen führe, sondern ein zwar schmerzliches, aber vertretbares Gebilde sei. So hätten in unteren Jahrgangsstufen Doppelbesetzungen abgezogen werden müssen und die Kurse in der Oberstufe zum größeren Teil der Unterrichtsstunden tatsächlich habe erteilt werden können, zum Beispiel in Chemie oder Biologie, und eine Stunde als EVA von der Fachlehrkraft sinnvoll in den Unterricht integriert worden sei. Sie habe der Schule erlaubt, im Vorgriff auf den 1. August 2020, im zweiten Halbjahr eine Besetzung in einem Mangelfach in der Laufbahn Sekundarstufe II vornehmen zu können. Das könnte auch ein Seiteneinstieg sein.

Der Schulleiter habe mitgeteilt, dass die befristet Beschäftigten auch im zweiten Halbjahr an der Schule blieben, und man habe zwei zusätzliche befristete Verträge schließen können. Im Moment sei der Unterricht abgedeckt, sofern keine unvorhergesehenen Entwicklungen einträten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Ministeriums ohne Nachfragen zur Kenntnis..

6. Schulkosten/Lernmittelfreiheit

Vorlage der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/3521](#)

Abg. Vogel bringt das Papier der SPD ein, Umdruck 19/3521. Ziel sei, die Eltern von Schulkosten zu entlasten und für eine echte Lernmittelfreiheit im Land zu sorgen. Er erwarte, dass auch die Koalition Vorschläge zur Kostenentlastung vorlege, damit man in einen Dialog über konkrete Maßnahmen eintreten könne.

Abg. von der Heide erwidert, die Diskussion sei noch nicht abgeschlossen, über die Themen Klassenfahrt und Digitalisierung müsse man noch sprechen. Es sei sinnvoll, sich auf bestimmte Themen zu konzentrieren und dann konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Die von der SPD aufgelisteten Maßnahmen kosteten das Land sehr viel Geld, und das Land sollte keine Finanzverantwortung für Aufgaben übernehmen, für die die Kommunen oder der Bund zuständig seien. Die Koalition habe noch internen Beratungsbedarf und werde es nicht schaffen, bis zu nächsten Ausschusssitzung einen eigenen Vorschlag vorzulegen.

Abg. Waldinger-Thiering verweist auf ihren Berichts Antrag „Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein“, Drucksache 19/1964. Wenn der Bericht der Landesregierung vorliege, müsse man über konkrete Maßnahmen beraten.

Abg. von der Heide weist darauf hin, dass die vom SSW gewünschte Fortschreibung des Berichts zu „Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein/Erhebung zu den Anteilen der Eltern an den schulischen Bildungskosten ihrer Kinder sowie Erhebung zu den Kostenanteilen der Schulträger pro Schüler/in und Schuljahr“ Zeit brauchen werde.

Abg. Strehlau geht davon aus, dass hinsichtlich der Finanzierung kommunaler Aufgaben Verbesserungen im Wege der Reform des kommunalen Finanzausgleichs gefunden werden könnten. Die Vorschläge der SPD müssten sorgfältig und ohne Zeitdruck beraten werden.

Abg. Vogel legt Wert darauf, dass man nach dem jahrelangen Dialogprozess jetzt endlich zu konkreten Verbesserungen für die Eltern komme, und schlägt vor, als ersten Schritt im Grundschulbereich zu starten. Die entsprechenden Haushaltsanträge der SPD-Fraktion habe die Koalition abgelehnt. Lernmittel (Geodreieck, Pinsel, Zirkel) könnten von den Schulträgern beschafft und den Schülerinnen und Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Auch Abg. Dr. Dunckel sieht es als notwendig an, die Eltern von Kosten, die alltäglich anfielen, zu entlasten und relativ schnell zu Lösungen zu kommen.

Abg. Dr. Brodehl hält es für sinnvoll, dort anzusetzen, wo die finanzielle Not am größten sei.

Abg. Klahn problematisiert die Höhe der in Rede stehenden Kosten und Eingriffe in die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte.

Abg. Vogel stellt noch einmal das Anliegen der SPD heraus, bei der Senkung der Elternbelastung einen Einstieg zu machen. Die Kosten der Schülerbeförderung sollten Stück für Stück reduziert und die Schülerbeförderung mittelfristig für alle Schülerinnen und Schüler kostenfrei sein. Die Lehrkräfte sollten bei ihren pädagogischen Ansprüchen auch die finanziellen Belastungen der Eltern im Blick haben.

Der Ausschuss diskutiert über das von der SPD vorgelegte Papier. Die Beratungen sollen zu gegebener Zeit fortgesetzt werden.

7. Stärkung der politischen Bildung in der Schule

Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/1739](#) (neu)

(überwiesen am 11. Dezember 2019; **Verfahrensfragen**)

Die bildungspolitischen Sprecher wollen sich am Rande der Februar-Tagung des Landtags auf den Teilnehmerkreis verständigen.

8. Verschiedenes

- a) Die nächste Sitzung des Bildungsausschusses findet am 12. März 2020 statt.
- b) Die Ausschusssitzung am 17. September 2020 wird verschoben.
- c) Der Bildungsausschuss beschließt, die Beschlüsse der 33. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ (Umdruck 19/3320) mit Vertretern von „Jugend im Landtag“ in der nächsten Ausschusssitzung zu besprechen.
- d) Auf Anregung des Finanzausschusses will sich der Bildungsausschuss in der nächsten Sitzung mit der Vorlage des Finanzministeriums zum Bewerbungs- und Auswahlverfahren für Lehrkräfte (PBon), Umdruck 19/3471, befassen.

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, schließt die Sitzung um 15:45 Uhr.

gez. Peer Knöfler
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer